

Landtagsverhandlungen.

II. Kammer.

78. öffentliche Sitzung am 14. Juni 1917.

Präsident Dr. Bogel eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 12 Minuten nachmittags.

Am Regierungstische: Ihre Excellenzen die Staatsminister Graf Bismarck v. Gshardt und v. Seydewitz, sowie die Regierungskommissare Ministerialdirektoren Wirtl. Geh. Rat Dr. Scheller, Excellenz, die Geh. Räte Dr. Wähle und Eiterich, ferner die Geh. Räte Just, Dr. Otto und Dr.-Ing. Krüger, Gesandter v. Leipzig, Geh. Finanzrat Dr. Dähne, die Geh. Bauräte Obo, Schmidt, Häbler und Toller, Geh. Bergrat Fischer, die Geh. Regierungsräte Dr. Jund und Dr. Morgenstern, Oberfinanzrat Friedrich und Regierungsrat Dr. Knäuper.

Es findet zunächst die feierliche Einweisung und Vereidigung des an Stelle des verstorbenen Abg. Kommerzienrat Kunze (nl.) neu in die Kammer eintretenden Vertreters des 24. ländlichen Wahlkreises, des Abg. Geh. Hofrates Professor an der Technischen Hochschule zu Dresden Dr. Foerster, durch den Präsidenten statt.

Nach Vortrag der Registrande wird in die Tagesordnung eingetreten.

Punkt 1: Schlussberatung über den mündlichen Bericht der Finanzdeputation A über Titel 4 des Nachtrags zum außerordentlichen Staatshaushaltsplane auf die Jahre 1916 und 1917, Erwerbung von Kohlenfeldern, einschließlich Grundbesitz und der hiermit zusammenhängenden anderen Ausgaben (dritte Rate) betreffend. (Drucksache Nr. 412.)

Berichterstatter Abg. Frenzel (konf.):

Titel 4 des Nachtrags zum außerordentlichen Staatshaushaltsplan auf die Jahre 1916 und 1917, Erwerbung von Kohlenfeldern usw. betreffend, habe bei der allgemeinen Vorbereitung in der Vollziehung am 8. Mai d. J. im allgemeinen Zustimmung gefunden. Nur von einer Seite sei die Frage aufgeworfen worden, ob es angeht, das zu erwartende Kohlenregalgesetz beraten sei, schon jetzt einem so umfangreichen Ankauf von Kohlenfeldern das Wort zu reden, oder ob es für den Staat nicht vorzuziehen sei, diesen Ankauf vorläufig noch zurückzustellen, bis die Frage der Förderabgabe endgültig entschieden sei. Die Finanzdeputation A habe diesen Titel in drei Sitzungen, am 9. und 14. Mai und 5. Juni eingehend beraten, und zwar am 14. Mai im Gegenwort der königlichen Kommissare in vertraulicher Sitzung. Mit Rücksicht hierauf und aus der Erwägung, der Beratung des Kohlenregalgesetzes in einer außerordentlichen Deputation und der Beratung des Titels 4a des Nachtragsdetails in der Finanzdeputation B — beides Beratungsgegenstände, die bei Beurteilung der Kohlenfelderankäufe mehr oder weniger zu streifen wären — nicht vorzugreifen, werde er sich als Berichterstatter einer gewissen Zurückhaltung beschließen. Ueberdies können ja die Herren Kammermitgliedern die Deputationsakten zur Einsichtnahme zur Verfügung. Aus den in der Nachtragsforderung begründenden Bemerkungen der Erläuterungsspalte gehe hervor, daß im Falle der Bewilligung dieser Nachtragsforderung sich die in Absatz 2 der Erläuterung zu Titel 3 der Ergänzung zum außerordentlichen Staatshaushaltsplan für 1914/15 (Königl. Dekret Nr. 36 vom 20. April 1914 S. 19) für den Erwerb von Braunkohlenfeldern angegebene Gesamtsumme von 57,2 auf 82,2 Mill. M. erhöhe. Die angeforderten 26 Mill. M. entfielen zu ungefähr gleichen Teilen auf das Jittauer und auf das Borna-Leipziger Braunkohlenrevier. Der jetzige Kohlenvorrat im staatlichen Jittauer Braunkohlenrevier betrage nur rund 200 Mill. Tonnen. Mit Rücksicht aber auf die künftige Erweiterung des staatlichen Elektrizitätswerkes in Dirschfeld, dessen Ausbau zu einem Großkraftwerke bevorstehe, erweise es sich, den verfügbaren Kohlenvorrat dabeist so viel als nur irgend möglich zu vergrößern. Die diesbezüglichen Verhandlungen hätten dazu geführt, daß die Erwerbsrechte für 197,5 Mill. t gewinnbare Kohlenmenge gesichert seien, während über verbleibende 151,7 Mill. t die Verhandlungen noch schwebten. Die gesamten Erwerbskosten betrügen 12,5 Mill. M. Im Leipziger Kohlenrevier bestände sich östlich von Borna noch ein gutes Tagebaufeld. Die Kohle sei oben gelagert. Wasserschwierigkeiten seien nicht vorhanden, außerdem sei die Kohle von besonders guter, zur Gewinnung von Nebenprodukten geeigneter Beschaffenheit. Es sei beabsichtigt, nach Erwerb dieses Kohlenfeldes dabeist alsbald mit dem Abbau zu beginnen. Für 53,4 Mill. t gewinnbare Kohle seien die Erwerbsrechte gesichert, für weitere 36,6 Mill. t Kohle seien sie noch zu erwerben. Die gesamten Erwerbskosten betrügen 7,2 Mill. M. In den Erläuterungen werde weiter bemerkt, daß ungeachtet der bevorstehenden gesetzlichen Neuregelung des Rechtes an den Kohlenabbau sich der Erwerb empfehle, weil der Kaufpreis samt Zinsen bis zum Beginn der Förderung voraussichtlich nicht so hoch sein werde wie der geschätzte Wert der Förderabgabe, die nach dem vorgelegten Gesetzentwurf zu zahlen sein würde, und weil Teile der zu erwerbenden Grundstücke verloren gehen würden, wenn nicht durch den Kauf der Bebauung ihrer Oberfläche vorgebeugt würde. Die Entscheidung über die Annahme der angebotenen Kohlenfelder blieben in jedem Falle bis zu dem vereinbarten Termine vorbehalten. Die Deputation sei der Auffassung, daß die abgeschlossenen Verträge zwar für die Grundstücksbesitzer bis zum vereinbarten Termine bindend seien, nicht aber für den Staat. Die Staatsregierung habe diese Auffassung bekräftigt. Außerdem, so heiße es in der Erläuterung weiter, seien zur Erweiterung des Abbaurechts im Leipziger Braunkohlenrevier in der Richtung nach Norden noch 5,3 Mill. M. vorgezogen. Die bezüglichen Verhandlungen seien teils eingeleitet, teils erst eingeleitet. Die Deputation spreche zur gestellten Vermehrten Erwerbung von Kohlenfeldern usw. grundsätzlich ihre Zustimmung aus. Nur über die Art des Einkaufes und darüber hätten Meinungsverschiedenheiten bestanden, daß im Jittauer Revier niedrigere Preise für die Grundstücke gezahlt worden seien als im Borna-Leipziger Revier, doch halte die Deputation nach den eingezogenen Erkundigungen und Erörterungen die Preise für angemessen. Ein Mitglied der Deputation habe seiner Meinung dahin Ausdruck gegeben, daß es, wie schon in der allgemeinen Vorbereitung betont worden sei, richtiger wäre, die Bewilligung des Titels solange auszusparen, bis das Kohlenregalgesetz erledigt beziehungsweise bis die Frage der Befreiung der Förderabgabe im Kohlenregalgesetz entschieden sei. Ein diesbezüglich gestellter Antrag sei aber im Laufe der Verhandlungen zugunsten eines anderen Antrages zurückgezogen worden. Die Deputation erachte es für selbstverständlich, daß die

Staatsregierung, wie in der Erläuterung zugesichert, auf Erwerb der noch nicht angebotenen Felder usw. nur dann zusammen werde, wenn sich der Preis als ein sehr günstiger, vom finanziellen Standpunkte aus voll zu rechtfertigender stelle. In der Annahme, daß es gelingen werde, die Förderabgabe im Gesetzentwurf wesentlich niedriger zu gestalten, sei von einer Seite dem Sinne nach beantragt worden, zu beschließen: die 5,7 Mill. M. für bis 30. Juni d. J. befristete Angebote zu bewilligen und die übrigen 19,3 Mill. M. solange zurückzustellen, bis das Kohlenregalgesetz verabschiedet sei. Bei der Abstimmung in der Deputation aber sei Titel 4 gegen 3 Stimmen angenommen und damit der vorerwähnte Antrag abgelehnt worden. Er habe deshalb im Auftrage der Finanzdeputation A zu beantragen, die Kammer wolle beschließen:

unter Titel 4 des Nachtrags zum außerordentlichen Staatshaushaltsplane auf die Jahre 1916 und 1917 zur Erwerbung von Kohlenfeldern, einschließlich Grundbesitz und der hiermit zusammenhängenden anderen Ausgaben, als dritte Rate 26 Mill. M. nach der Vorlage zu bewilligen.

Sekretär Koch (fortsch. Sp.):

Es seien bis jetzt im ganzen 57,2 Mill. M. für den Ankauf von Kohlenfeldern bewilligt worden. Seine Fraktion habe dem Ankauf gern zugestimmt, weil sie überzeugt sei, daß unter den bisherigen Rechtsverhältnissen der Ankauf im Interesse des gesamten Volkes gelegen wäre. Man sei aber jetzt im Begriff, eine neue Rechtslage für das Kohlenunterirdische zu schaffen, nämlich das Kohlenunterirdische zu verstaatlichen. In diesem Augenblicke habe man sich der Hoffnung hingeben zu dürfen geglaubt, daß nunmehr künftige eine Einstellung der Ankaufe von Kohlenfeldern erfolgen würde. Das sei aber nicht geschehen, im Gegenteil, in dem neuen Nachtragsetat finde man die bedeutende Forderung von 26 Mill. M. für den Ankauf neuer Kohlenfelder, über die heute zu beschließen sei. Die Begründung, die in der Erläuterungsspalte gegeben sei, müsse doch einigermaßen befremden. (Sehr richtig! bei der fortschrittlichen Volkspartei.) Die Regierung habe nun verschiedene Verträge abgeschlossen, deren Annahmefrist aber verschieden ablauge; die einen liefen bereits am 30. Juni ab, also in etwa 14 Tagen, die anderen teils eine Woche nach Schluß des Landtags, teils am 1. Oktober d. J., teils vier Monate nach Friedensschluß. Auf die jetzt am 30. Juni ablaufenden Fristen entfielen im ganzen 5 700 000 M. Trotzdem man eigentlich gelommen sei, die Befreiung der Förderabgabe abzuwarten, habe man sich doch entschlossen, wenigstens diese Summe zu bewilligen, obwohl die Regierung die Kammer damit, wie schon häufig zuvor, in eine Zwangslage gebracht habe, indem sie sie vor eine vordere Lastasse gestellt habe. Seine Fraktion glaube aber noch wie vor, daß die restlichen 19 300 000 M. doch jetzt zurückgestellt werden könnten, bis die Höhe der Förderabgabe feststehe. Damit solle durchaus nicht etwa gesagt sein, daß diese nicht bewilligt werden sollten; wenn sich später herausstelle, daß es günstig sei, sei seine Fraktion durchaus bereit dazu. Er nehme deshalb den Antrag, den er schon in der Finanzdeputation A gestellt habe, wieder auf und beantrage namens seiner Fraktion,

die Kammer wolle beschließen: unter Titel 4 des Nachtrags zum außerordentlichen Staatshaushaltsplane auf die Jahre 1916 und 1917 5 700 000 M. zu bewilligen, die Abstimmung über die restlichen 19 300 000 M. aber bis zur Entscheidung über Dekret Nr. 42, den Entwurf eines Gesetzes, den staatlichen Kohlenbergbau betreffend, auszusetzen.

Zum Schluß bemerke er, daß die Begründung, die in der Erläuterungsspalte gegeben sei, zeige, daß man auf eine Befreiung der Förderabgabe hinarbeiten müsse, denn sonst habe ja überhaupt die Errichtung des Kohlenregalgesetzes seinen allzu großen Zweck. (Abg. Günther: Sehr richtig! Bravo!)

Regierungskommissar Geh. Bergat Fischer

(nach den stenographischen Niederschriften): Meine sehr geehrten Herren! Die Regierung bittet Sie, den Antrag Koch abzulehnen und den Antrag Ihrer Finanzdeputation A anzunehmen, und zwar aus dringenden und gewichtigen Gründen.

Wenn nach dem Antrage Koch nur die 5 700 000 M. genehmigt werden sollten, so würden dem Kohlenbergbau dauernd Schäden verloren gehen, denn unter den angekauften Flächen und zum Ankauf in Aussicht genommenen Flächen befindet sich ein erheblicher Teil solcher, die, wenn sie jetzt nicht erworben werden, der Bebauung unterliegen. Es wären Grundstücke mit 30 oder 40 m Kohlen darunter jetzt mit 2, 3 Häusern bebaut worden; die Kohlen würden dann dauernd der Allgemeinheit verloren gehen, während die Häuser auch wo anders hingebaut werden können. Daß dies keine bloße Vermutung ist, kann ich dadurch belegen, daß bei der Regierung augenblicklich bereits ein Antrag vorliegt, ein Kohlenfeld, das wir kaufen wollen, nicht zu kaufen, weil dort ein Haus hingebaut werden solle. Die Alten sind hier; wenn es gewünscht wird, kann darin Einsicht genommen werden. Es werden also tatsächlich dem Kohlenabbau Flächen dauernd verloren gehen, wenn die Felder jetzt nicht angekauft werden.

Würde der Antrag Koch genehmigt und der Antrag Ihrer Finanzdeputation A abgelehnt, so wäre die weitere Folge davon, daß die in Aussicht genommenen Käufe in der Bornaer Gegend nicht tätigt werden könnten. In der Bornaer Gegend haben wir aber die Absicht, alsbald mit dem Kohlenbergbau zu beginnen, alsbald eine Brückfabrik zu errichten und Einrichtungen zu treffen, um die Nebenprodukte der Kohle zu gewinnen, selbstverständlich, nachdem das Projekt der hohen Kammer zur Genehmigung vorgelegen hat. Wenn wir aber jetzt die Flächen nicht kaufen können, dann wird das Projekt weiter hinausgeschoben und vielleicht ganz unmöglich.

Auch das Bedenken des Hrn. Abg. Koch, daß unter dem Einfluß der neuen Rechtslage der Staatsschatz teurer kaufen würde, ist hinsichtlich. Wir kaufen, selbst wenn die Vorlage über das neue staatliche Bergbaurecht Gesetz wird und wenn es der Ersten und Zweiten Kammer gemeinsam gelingt, die jetzt vorgelegene Förderabgabe wesentlich herabzusetzen, dieser Förderabgabe gegenüber auch dann noch zu ganz angemessenen Preisen. In der Jittauer Gegend stellt sich der Ankauf pro ha Oberfläche und Unterirdisches zusammen auf 6450 M. Ich glaube, ich rechne sehr zum Nachteil der Landwirtschaft, wenn ich annehme, daß wir den Deklar Oberfläche in der Jittauer Gegend mit nur 3000 M. bezahlen müssen, und die Oberfläche müssen wir kaufen, auch unter dem neuen Realgesetz noch; es bleiben für den Ankauf des Unterirdischen nur 3450 M. oder bei der Kohlenmächtigkeit, die dort vorhanden ist, 0,11 Pf. für 1 hl. Ich glaube nicht, daß es den hohen Landständen gelingen wird, eine Einigung dahin zu treffen, daß die vorgelegene Förderabgabe sich soweit ermäßigt, daß wir nur einigermaßen an diese Zahlen hier heranankommen. Nach der vorgelegenen Gesetzesvorlage beträgt der Kaufpreis für das Unterirdische rund 0,9 Pf., und hier stellt er sich auf nur 0,11 Pf. und dann bitte ich noch zu berücksichtigen, daß die Preise des Oberirdischen von Jahr zu Jahr steigen.

In der Jittauer Gegend ist es durch die eben dargelegten Verhältnisse höchst begründet, jetzt zuzugreifen, weil wir das Gelände jetzt billiger kaufen, weil wir das Gelände der Bebauung

vorenthalten, und in der Leipziger Gegend ist es dringend notwendig, daß wir jetzt kaufen, wenn es uns überhaupt möglich sein soll, im nächsten Jahre vor die Kammer mit einer Vorlage zu treten, welche die Absicht verfolgt, in der Bornaer Gegend ein Kohlenwerk aufzumachen. Hier müssen die Anläufe sofort betätigt werden. Ich bitte die hohe Kammer also name s der Regierung, dem Antrage der Finanzdeputation A ihre Zustimmung zu erteilen.

Abg. Dr. Philipp (konf.):

Nach den Ausführungen des Herrn Geh. Rat Fischer könne er sich kurz fassen. Die Verhältnisse im westlichen Teile Sachsens lägen tatsächlich so. Es bestehe die Gefahr einer alsbaldigen Bebauung, namentlich wo es sich um Fluren der Stadt Borna handle. Wenn jetzt der Staat nicht zugreife, bestehe die Möglichkeit, daß unter Umständen private Kohlenwerke dort Arbeiterhäuser oder andere Bauten auf diesem Gebiete errichten, welches der Staat zu kaufen beabsichtige. Der Staat müsse sich also diese Gebiete sichern. (Sehr richtig! rechts.) Er bitte deshalb, den Antrag Koch abzulehnen.

Sekretär Koch (fortsch. Sp.):

Gegenüber den Ausführungen des Herrn Regierungskommissars und gegenüber den Ausführungen des Herrn Dr. Philipp betone er noch einmal, daß seine Fraktion ja durchaus nicht etwa die Verträge oder überhaupt diese Summe ablehnen wolle, sondern lediglich die Beschlußfassung über einen Teil dieser Summe, über 19 300 000 M. aussetzen wolle, bis man klar sehe, wie hoch die Förderabgabe sein werde. (Abg. Günther: Was sehr leicht möglich sein wird!) Es sei ja ausdrücklich gesagt, daß die Angelegenheit bis zum Schluß des Landtages laufe oder bis zum Schluß des Krieges, der sicherlich nicht vor Schluß des Landtags eintreten werde, oder zum Teil bis zum 1. Oktober. Bis dahin hoffe man aber, das Gesetz unter Dach und Fach zu haben. Wenn dann die Sache günstig erweise, könne seine Fraktion selbstverständlich mit dafür, denn sie billige im großen und ganzen die Kohlenpolitik der Regierung durchaus. Es sei eingewendet worden, daß unterdessen ja die Grundstücke bebaut werden könnten. (Abg. Günther: Ganz ausgeschlossen!) Aber während des Krieges bestehe ja das allgemeine Bauverbot, da sei also die Bebauung unmöglich, und die Regierung könnte das in diesem Falle verhindern, wenn etwa irgendwo die Genehmigung bestünde, doch den einen oder anderen Bau zu genehmigen. (Abg. Günther: Sehr richtig!) Also dieser Einwand sei nicht richtig. (Bravo! bei der fortschrittlichen Volkspartei.)

Abg. Bauer (nl.):

Dem Antrage des Abg. Koch liege die Idee zugrunde, daß das Unterirdische, d. h. die Kohle selbst, durch das Sprenggesetz gesichert sei, daß man deshalb mit dem Ankauf der Grundstücke warten könne. Die Mehrheit der Finanzdeputation A sei aber anderer Ansicht gewesen. Es sei in der Deputation nachgewiesen worden, daß früher von privater Seite höhere Gebote für die Kohlenfelder gemacht worden seien, als die Regierung jetzt angelegt habe. Es sei auch nicht zu erwarten, daß die Förderabgabe etwa jetzt herabgelegt werden könnte, daß nun die Grundstücke noch weitlich veräußert würden. Es sei ja bei der Förderabgabe auch mit Rücksicht zu nehmen auf die Grundstücksbesitzer, und es läge so bereits von privaten Kreisen — er erwähne z. B. den Verband Sächsischer Industrieller — Beschwerden vor, daß die Käufe, die projektiert gewesen seien, gescheit worden seien, und daß dadurch den Besitzern wesentlicher Schaden erwachsen sei. Wenn nun ferner der Abg. Koch erwähnt habe, betreffs der Bebauung sei nichts zu befürchten, man habe ja während der Kriegszeit das Bauverbot, so sei das allerdings ganz richtig, aber ein Verbot der Grundstückspekulation habe man nicht. (Sehr richtig!) Man sei z. B. bei der Eisenbahn oft mit dem Ankauf von Grundstücken zurückhaltend, und man habe da immer die Erfahrung gemacht, daß man sie hinterher viel teurer habe bezahlen müssen. Wo diese Zurückhaltung könne die Mehrheit der Finanzdeputation nicht empfehlen. Er möchte deshalb bitten, nach dem Mehrheitsbeschlusse der Finanzdeputation A den Antrag zu bewilligen. (Bravo! rechts und in der Mitte.)

Abg. Nitsche-Leubich (nl.):

Die nationalliberale Fraktion habe sich mit der Angelegenheit in einer Fraktionssitzung beschäftigt und sei zu der Überzeugung gekommen, daß die Bedenken, die hier wieder vorgebracht worden seien, nicht stichhalten könnten. Sie siehe auf dem Standpunkte, daß es durchaus angebracht sei, jetzt den Kauf zu vollziehen, und halte auch den Preis für einen durchaus angemessenen. (Sehr richtig!) Sie werde deshalb dem Antrage der Deputation zustimmen.

Abg. Günther (fortsch. Sp.):

Bei den Beratungen des Dekrets über das Kohlenregal sei man doch allgemein der Meinung gewesen, daß damit eben der Spekulation in Kohlenfeldern künftig ein Riegel vorgezogen werden solle. Schon das Sprenggesetz sei lediglich diesem einen Gedanken mit entworfen. Er verhehe nicht, wie heute einige der Bornaer hätten darauf zukommen können, zu sagen, daß, wenn man die heutige Vorlage nicht annehmen würde, ein Grund für Spekulationen gegeben sein würde. Er sei ganz anderer Meinung. Wenn man logisch verfahren wolle, müsse man doch vorerstlich erst das Dekret über den künftigen Kohlenabbau verabschieden, sich wenigstens verständigt haben über die Förderabgabe. Den Ankauf mit solchen Gründen zu verteidigen, wie heute hier für die Bewilligung der 26 Millionen vorgebracht worden seien, sei ausgeschlossen. Mit der Annahme des Antrags Koch würde gar nichts verändert sein, man werde im Gegenteil den Landesinteressen, die man zu vertreten habe, im vollsten Umfange entsprechen und entgegenkommen.

Damit ist die Debatte geschlossen.

In seinem Schlusswort berichtet

Abg. Frenzel (konf.):

einen Irrtum des Sekretärs Koch. Es seien die 57,2 Mill. M. noch nicht bewilligt, sondern bloß vorgelesen gewesen. Bewilligt seien bis jetzt insgesamt 39,8 Millionen zum Zwecke des Ankaufs von Braunkohlenfeldern. Im übrigen diene man mit Annahme des Deputationsantrags genau so den Landesinteressen, und er bitte deshalb nochmals um dessen Annahme.

Über den Abstimmungsmodus entsteht eine kurze Geschäftsordnungsdebatte. Schließlich wird der Deputationsantrag gegen 6 Stimmen der fortschrittlichen Volkspartei angenommen. Damit ist der Antrag Koch erledigt.

Bevor in der Tagesordnung weitergegangen wird, teilt sodann der Präsident mit, daß die Besichtigung des Jittauer Kohlenreviers durch die Kammer Freitag, den 29. Juni 1917 stattfinden.

Punkt 2 der Tagesordnung: Schlussberatung über den mündlichen Bericht der Finanzdeputation B über Tit. 26 des Nachtrags zum außerordentlichen Staatshaushaltsplane

auf die Jahre 1916/17, den zweigleisigen Ausbau der Strecke Eibau—Laubenheim, erste Rate — Ergänzungsforderung — betreffend. (Drucksache Nr. 409.)

Berichterstatter Abg. Reusch (sonl.):

Für den zweigleisigen Ausbau der Strecke Ebersbach—Neusalza-Spremberg seien als erste Rate 500 000 M. bewilligt worden. Um der unter den Tagelohnern der Oberlausitz herrschenden Arbeitslosigkeit zu begegnen, wolle die Regierung den erst für später in Aussicht genommenen zweigleisigen Ausbau der anschließenden Strecken Eibau—Ebersbach und Neusalza—Spremberg—Laubenheim jetzt schon in Angriff nehmen. Die Regierung fordere hierzu als erste Rate für den zweigleisigen Ausbau der Strecke Eibau—Laubenheim als Ergänzungsforderung die Summe von 750 000 M. Die Deputation könne sich mit der Vorfrage der Staatsregierung, Arbeitslosigkeit zu schaffen, nur einverstanden erklären, zumal bei dem Mangel an Kohlen und Rohstoffen nicht abzusehen sei, wie weit sich die Arbeitslosigkeit unter den Tagelohnern der Oberlausitz noch steigern werde, und sie beantrage daher,

die als erste Rate für den zweigleisigen Ausbau der Strecke Eibau—Laubenheim angeforderte Summe von 750 000 M. zu bewilligen.

Abg. Müdert (nl.):

Er nehme Gelegenheit, den Ministern der Finanzen und des Innern für die ernante Berücksichtigung der sich verschärfenden Notlage der ländlichen Industriegebiete zu danken, und halte sich zu diesem Dank um so mehr verpflichtet, als ihm die erheblichen Schwierigkeiten bekannt seien, die sich der Staatsregierung in dem Wunsche, zu helfen und die Gemeinden vor einer allzu starken Abwanderung der Arbeiterbevölkerung zu bewahren, entgegenstellten. Es werde sich aber die Notwendigkeit einer besonderen fürsorglichen Haltung der Regierung gegenüber den ländlichen Industriegebieten auch für die nächste Zukunft ergeben, weil schon heute ersichtlich sei, daß selbst nach Friedensschluß die jetzt schon künftigen Betriebe während einer gewissen Zeit noch stillstehen müßten. Von den bei den Bahnbauarbeiten Eibau—Neusalza jetzt beschäftigten 600 Arbeitern sollten nun dem Vernehmen nach etwa 150 auf die Bahnbauarbeiten der Strecke Ebersbach—Wischlitzverteile verteilt werden, und zwar um Ausbesserungsarbeiten an dem Oberbau auszuführen. Wenn es sich hierbei ohne Zweifel um höchst wichtige und notwendige Arbeiten im Interesse der Betriebsicherheit handle, um Arbeiten, die auch jetzt nicht sein, die Beschäftigungsbauer nicht unerheblich zu vermindern, so sei ihm doch — und das auch im Sinne der Beschäftigten — der Wunsch unterbreitet worden, die Staatsregierung zu bitten, den Arbeitern und Arbeiterinnen die Möglichkeit des Verbleibens an ihrem Wohnort zu belassen. (Bravo! in der Mitte.)

Staatsminister v. Schönewitz

(nach den stenographischen Niederschriften):

Seine sehr geehrten Herren! Aber die vom Hrn. Abg. Müdert beschlossene Maßregel, wonach ein Teil der beim zweigleisigen Ausbau der Strecke Eibau—Laubenheim beschäftigten Arbeiter bei den Bahnbauarbeiten beschäftigt werden soll, möchte ich einige erklärende Worte sagen. Es handelt sich hier um Arbeiter, die im Interesse der Bahnunterhaltung unbedingt nötig sind. Diese Arbeiter sind wesentlich dringlicher als der erwähnte, zur Bereitung eines Reislands emporeitete zweigleisige Ausbau. Die Verwaltung hatte dem Unternehmer bereits zur Pflicht gemacht, daß er im Bedarfsfälle Arbeiter für die Landwirtschaft freizustellen habe; es war also hierdurch bereits den notwendigen landwirtschaftlichen Arbeiten der Vorrang eingeräumt worden. Jetzt ist man auf die gleiche Maßregel zugunsten der Bahnunterhaltungsarbeiten gekommen, doch hat man sich dabei die möglichste Schonung der Interessen der betreffenden Arbeiter angelegen sein lassen. Einmal sind keinesfalls weibliche Personen in Aussicht genommen, es handelt sich hier nur um Männer, und zwar um solche, die nicht der Hilfsdienstpflicht unterliegen, die also unter 17 und über 60 Jahre alt sind, und es wird darauf gesehen werden, daß sie nach Möglichkeit durch freie Fahrt ihren Wohnorten nicht wesentlich entzogen werden. (Abg. Müdert: Bravo!) Überdies handelt es sich nicht um 150, sondern um 103 Personen. Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen, wir hoffen aber, daß man zu einem geeigneten Abkommen zwischen Verwaltung, Unternehmern und den betreffenden Gemeinden gelangen wird. Ich wiederhole, daß man alles tun wird, um die Interessen der Arbeiter zu schonen, aber Sie werden es wohl als richtig anerkennen, wenn man die jetzt fehlenden und besonders wertvollen Arbeitskräfte da verwendet, wo sie unbedingt nötig sind, und nicht da, wo man sie nur verwenden, um sie zu beschäftigen. Es wäre dies auch von Vorteil für die Arbeiter, da die Arbeitslosigkeit dadurch für sie verlängert wird. Er glaube, daß die Wünsche des Hrn. Abg. Müdert bei Behandlung der Frage in der Hauptsache Berücksichtigung finden werden. (Bravo!)

Die Kammer nimmt hierauf einstimmig den Deputationsantrag an.

Punkt 3 der Tagesordnung: **Schlusberatung über den schriftlichen Bericht der Finanzdeputation B über den Antrag des Abg. Göpfert und Gen., die Ergreifung von Maßnahmen zur Stärkung der wirtschaftspolitischen Stellung Sachsens im Reich und zur Vorbereitung des nach dem Kriege zu erwartenden Aufschwungs der Volkswirtschaft betreffend sowie über die hierzu eingegangenen Petitionen.** (Drucksache Nr. 407.) (Bergl. Landtagsbeilage Nr. 83 S. 436 ff.)

Berichterstatter Abg. Nischke-Reusch (nl.):

Als die Finanzdeputation B im Januar vorigen Jahres in die Beratung des Antrages Göpfert und Gen. eingetreten sei, habe sie nicht damit gerechnet, daß der Krieg von so langer Dauer sein würde. Mit der Länge der Dauer des Krieges wuchsen aber auch die durch den Krieg angetriebenen wirtschaftlichen Schäden, und die Fürsorge des Staates und der gezielten Körperkassen werde in immer höherem Maße notwendig. Die Deputation habe sich entsprechend der in dem Antrage gegebenen Anregung damit beschäftigt, Maßnahmen zur Stärkung der wirtschaftspolitischen Stellung Sachsens im Reich vorzuschlagen. Die Antragssteller und die Deputation seien von der Ansicht ausgegangen, daß für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Bundesstaates alle Vorbedingungen geschaffen werden müßten. Die der Wiederaufbau der einzelnen Existenzen zu erfolgen habe, inwiefern der Staat hier eingreifen habe, diese Fragen seien nicht zu erörtern. Es solle vielmehr mit den gesägten Beschlußfolgerungen ein Rahmen gegeben werden, in dem sich alle diese Kleinarbeit zu vollziehen habe. Unsere wirtschaftlichen Kräfte sollen vorbereitet sein, wenn nach dem Kriege der wirtschaftliche Wettbewerb wieder einsetze. Diese Voraussetzung sei für Sachsen im Hinblick auf sein wirtschaftliches Gefüge besonders notwendig. Aus diesem Grunde habe die Deputation den Standpunkt vertreten, daß den Verkehrsfragen eine besondere Beachtung geschenkt werden müsse. Sie habe dem Anschlusse an den direkten Verkehr, dem Anschlusse an ein großes Wasserstraßennetz eine besondere Bedeutung beigemessen. Weiter sei zum Ausdruck gekommen, daß das Königreich Sachsen wirtschaftlichen Interessen namentlich während des Krieges von den Reichsteilen nicht die Berücksichtigung geworden sei, auf die man vollen Anspruch erheben könne. Aus diesem Grunde sei eine große Verbitterung

vorhanden. Namentlich die sächsischen Handelskammern, der Verband sächsischer Industrieller und zahlreiche andere Stellen hätten aus ihrer Erfahrung heraus lebhaftest Klagen nach dieser Richtung hin geführt und der Meinung Ausdruck gegeben, daß die sächsischen Interessen von den Reichsteilen nicht die nötige Wahrung erführen. Die Deputationsverhandlungen hätten auch gezeigt, daß die Regierung sich gewiß nach dieser Richtung hin besondere Mühe gegeben habe, um einen Ausgleich herbeizuführen. Die Regierung werde erucht, auf diesem Gebiete ihre Bemühungen fortzusetzen, und er könne die Bitte an dieser Stelle nur wiederholen.

Besonderes Interesse habe die Deputation auch der Wahrnehmung der deutschen Handelsinteressen im Auslande zugehend, und hierzu habe sie nach ihrer Meinung nicht nur ein Recht, sondern eine unabweisbare Pflicht, denn in keinem Bundesstaate seien die wirtschaftlichen Verhältnisse so auf den Verkehr mit der ganzen Welt angewiesen, wie es bei Sachsen der Fall sei. Aber auch sonst müsse mit Entschiedenheit auf die Berücksichtigung der sächsischen Interessen gedrungen werden, schon auf Grund der sächsischen Leistungen im Kriege. Nach alledem beantrage er — unter Hinweis auf den schriftlichen Bericht —

die Kammer wolle beschließen:

I. die Regierung zu ersuchen, Maßnahmen zur Stärkung der wirtschaftspolitischen Stellung Sachsens im Reich und zur Vorbereitung der nach dem Kriege zu erwartenden Entwicklung unserer Volkswirtschaft zu treffen, insbesondere

A. 1. in der Übergangszeit nach dem Kriege auch als Notstandsarbeiten die Verbesserung ungünstiger Steigungsverhältnisse einzelner Leitströme an Staatsstraßen und namentlich dem Durchgangsverkehr dienender Gemeindegeweg ausführen zu lassen und ausreichende Beihilfen an Gemeinden hierzu zu gewähren,

2. eine Verbesserung der Verkehrsverhältnisse, besonders im Gebirge, durch Anlegen neuer Leitströme durchzuführen, bestehende Straßen auszubauen und bereits im Haushaltsplan 1918/19 entsprechende Mittel hierzu einzustellen,

3. die Einbringung des Begehrangeses zu beschleunigen, dessen wichtigste Aufgabe darin liegen soll, eine gerechtere Verteilung der Begebau- und Unterhaltungskosten herbeizuführen,

4. Erwägungen darüber anzustellen, ob eine staatliche Zentralstelle für den zweigleisigen Ausbau und die Unterhaltung des sächsischen Straßennetzes, besonders derjenigen Straßen, die den Durchgangsverkehr zu tragen haben, zu schaffen sein wird und den Kammeren über das Ergebnis Mitteilung zu machen;

B. 1. die für bauwirtschaftlich erklärten Bahnlücken in möglichst kurzer Zeit zur Ausführung zu bringen,

2. den weiteren Zusammenschluß der sächsischen Schmalspurbahnen vorzubereiten und Ausführungspläne nebst Bauprogrammen vorzulegen,

3. die gezielte Regelung des Kleinbahnwesens herbeizuführen und die Entwicklung der Kleinbahnen durch tätiges Eingreifen des Staates zu fördern,

4. die Schnellzuglinien und Durchgangsknoten zur Hebung des Personen- und Güterverkehrs zu verbessern und dadurch den Anforderungen an die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit gerecht zu werden,

5. die Interessen Sachsens hinsichtlich des Durchgangs- und des direkten Eisenbahnverkehrs mit Preußen und Bayern nachdrücklich zu vertreten,

6. unter Eisenbahnnetz den wirtschaftlichen Beziehungen Sachsens zu den angrenzenden Gebieten mehr als bisher anzuhängen,

7. eine strengere Handhabung der §§ 42 und 44 der Reichsverfassung beim Bundesrat erneut zu fordern,

8. Erwägungen darüber anzustellen, ob zur Erreichung der unter 7. erhobenen Forderung der Ausbau unseres Reichseisenbahnnetzes zweigleisig erscheint und hierüber der Kammer gegebenenfalls nach Einvernehmen mit den Eisenbahnverwaltungen der übrigen Bundesstaaten erneut Mitteilung zu machen;

C. 1. im Bundesrat die Reichspolitik hinsichtlich des Ausbaues des deutschen Wasserstraßennetzes zu unterstützen und dabei die Ausführung der sächsischen Linie des Mittelkanals, sowie die Herstellung einer Verbindung zwischen Elbe und Donau anzustreben,

2. ausführliche Vorarbeiten für den Bau des Leipzig—Saale-Kanals im Einvernehmen mit der Leipziger Kanalgesellschaft und den Stadtverwaltungen in Angriff zu nehmen und wegen Beteiligung der preussischen Regierung mit dieser in Verbindung zu treten;

D. 1. eine Reorganisation der dem Handel mit dem Auslande dienenden Reichsbehörden weiter zu erörtern und für eine etwa erforderliche Reform sofort nach Wiederkehr friedlicher Zustände einzutreten und hierbei die Gründung einer selbständigen Zentralstelle für Handel, Industrie und Schifffahrt ins Auge zu fassen,

2. für Vermehrung der Konsulate und den Ausbau dieser sowie der Einrichtung der Handelsnachverbindungen, sowie für die Förderung des Nachrichtenwesens einzutreten,

3. regierungseitig in Zukunft auf eine pändige Zahlungsnahme mit den im wirtschaftlichen Leben stehenden besonderen Wert zu legen,

4. für die Vorbereitung der neuen Handelsverträge die Interessen des sächsischen Wirtschaftslebens zu sichern und Maßnahmen zu ergreifen, die eine erfolgreiche sachverständige Beratung ermöglichen,

5. der Ausgestaltung der sächsischen Vertretung im Reich erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen;

II. die zum Antrag Göpfert und Gen. eingegangenen Petitionen auf sich beruhen zu lassen;

III. die Erste Kammer zum Beitritt zu diesen Beschlüssen einzuladen. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Hofmann (sonl.):

Er erkläre bedingungslos, daß er den Bericht als fleißige, übersichtliche Arbeit anerkenne in seiner Zusammenfassung, in der Einholung einer ganzen Anzahl von Gutachten und Urteilen der führenden Organe des Wirtschaftslebens, der Handelskammern, des Verbands der sächsischen Industriellen und anderer, in seiner Zusammenfassung einer Anzahl von Regierungsverordnungen und der Wiedergabe außerordentlich vieler Anregungen und Wünsche aus der Kammer. Der Bericht gebe besonders auch bezüglich der zu erstrebenden Maßnahmen über die Verkehrsverhältnisse eigentlich alles das wieder, was die konservative Landtagsfraktion seit mehr als zehn Jahren auf dem Gebiete des Verkehrslebens erstrebe. Er möchte nur in bezug auf die Begehrangeses und Begehrangeses einiges andeuten. Er erinnere an die vielen Verhandlungen in der Finanzdeputation A seit mehr als 15 Jahren, wo immer wieder von konservativer Seite die Ungünstigkeit der Regierungsverordnungen bemängelt worden sei. Alle diese Bemängelungen von der konservativen Seite in der Finanzdeputation A hätten sich schließlich zu dem konservativen Antrag von 1913, Dr. Schanz und Gen., ein neues Begehrangeses betreffend, verdichtet. Zweitens der im vorliegenden Berichte erwähnte Durchgangsverkehr und preussische Eisenbahnnetz, sowie Umbau einzelner Strecken wegen hindernder großer Steigungen habe in dem konservativen Antrag Hofmann und Gen. vom Jahre 1911, das Eisenbahnwesen betreffend, eine besonders ausführliche Behandlung erfahren. Drittens wegen erwünschter Verbindung zu einzelnen Strecken und Linien des Eisenbahnnetzes sei einem geschlossenen Ganzen verweise er auf den konservativen Antrag Fischerich und Gen. vom Jahre 1908. Nur eins möchte er nicht unerwähnt lassen. Er möchte erinnern an die Regierungsverordnungen von 1906/06, durch die eigentlich eine Verbindung erstrebt worden sei zwischen den sächsischen Teilen der sächsischen Schmal-

spureisenbahn mit den nordwestlichen. Er meine die Strecke Wilsdruff—Gaberow, gegen die gerade die nationalliberale Seite außerordentliches Widerstand geleistet habe. (Abg. Müdert: Nebenbahn!) Wegen lebhafteren Ausbaues des sächsischen Eisenbahnnetzes erinnere er weiter an die bei jeder Beratung des außerordentlichen Etats wiederholten Anregungen und Bitten der konservativen Abgeordneten der Finanzdeputation B Hoch, Reibler, Köpfer, Reinecker und Reusch. Auf allen diesen Gebieten gähe keine Fraktion mit dem Antrage Göpfert einträglich.

Was den Wasserstraßenausbau anlangt, so wisse man ja, daß auch über diese Sache, besonders über den Elster—Saale-Kanal, wiederholt Verhandlungen im Hause gepflogen worden seien, noch in der Zeit, wo ein anderer Plan zwischen Elster und Elbe, eine direkte Verbindung zwischen Elster und Elbe zur Förderung gefunden habe, also man bestrebt gewesen sei, Leipzig und Riesa mit einem Kanale zu versehen. Das alles genüge, um zu beweisen, daß die Konservativen mit allen Vertriebenen, die der Antrag bezüglich des Verkehrslebens enthält, einig seien. Er bringe in dieser Beziehung auch die konservative Interpellation Dr. Böhme und Gen. bezüglich des Donau—Elbe-Kanals in Erinnerung. Die verschiedenen Regierungsverordnungen des Verkehrslebens erstreben es, daß die Staatsregierung auf dem Gebiete des Verkehrslebens viele der im Berichte geforderten Maßnahmen und Bände bereits ausgeführt habe. Der Bericht selbst erkenne die Beziehungen der Regierung zur Hebung des Verkehrs und damit zur Weiterentwicklung unseres Wirtschaftslebens an. Diese Bemühungen der Regierung seien ja auch hinreichend bekannt durch die Erklärungen Sr. Excellenz des Hrn. Finanzministers in seinen Entwürfen. Er dürfe aber bei aller Bescheidenheit zur Benützung seiner politischen Freunde annehmen, daß gerade an den seitens der Staatsregierung in ihren Erklärungen des Berichtes angeführten, bereits ausgeführten und noch in Planung befindlichen Verbesserungen unseres Verkehrslebens, unserer Verkehrsverhältnisse gerade die Konservativen durch die vorgenannten Anträge und Anregungen einen nicht geringen Anteil hätten, und er möchte deshalb nicht unterlassen, der Staatsregierung bei dieser Gelegenheit den Dank seiner politischen Freunde dafür zum Ausdruck zu bringen. In dem Antrage und in dem Berichte verweise er freilich einiges. Die Konservativen hätten bisher als Richtschnur immer an dem Grundsatze festgehalten: unser Verkehrs- und Wirtschaftsleben könne dauernd nur gefördert werden durch eine gesunde Finanzwirtschaft. In dieser Beziehung hätte er gewünscht, daß sich der Bericht etwas eingehender über die Bereitstellung und Beschaffung der Mittel für die im Berichte gestellten Forderungen ausgelassen hätte.

Wenn er nun zum zweiten Teil des Berichtes übergehe, zur Hebung unseres Verkehrslebens, so könne er auch zugleich im Namen seiner politischen Freunde aus vollster Überzeugung den Anregungen zu. Sie verdienen aber nicht, daß ein großer Teil der darüber in dem Berichte gemachten Ausführungen nicht vor den Landtag, sondern eigentlich in den Reichstag gehören. Es erbitte sich deswegen für ihn, heute darauf weiter einzugehen. Insofern aber der Bericht nun wirklich vorlege, daß die Regierung und die Stände den sächsischen Handelsverkehr und dadurch unser Wirtschaftsleben der Kräfte entsprechend weiter fördern sollten, könne man auch auf die Konservativen als unermüdbare treue Mitarbeiter rechnen. Sie hätten es ja allezeit als eine ihrer vornehmsten Pflichten und Aufgaben angesehen, das heimatische Wirtschaftsleben, das Handels- und Wirtschaftsleben mit allen Kräften zu schützen. Hierfür erwähne er bloß, daß seinerzeit die erste Anregung zur Erwerbung der noch verlassenen Kohlenfelder im Königreich Sachsen von den Konservativen gegeben worden sei. Die Kohle sei ja einer der bedeutendsten Wirtschaftsfaktoren. Damals seien gegen die erste große Millionenverleugung zur Erwerbung der Kohlenfelder gerade von nationalliberaler Seite wegen die Höhe der Vorlage Bedenken laut geworden. Zweitens möchte er noch daran erinnern, daß sich die Konservativen seinerzeit im Jahre 1910 auch mit der Anregung des Reiches einverstanden erklärt hätten, möglichst wirtschaftliche Einflußzentralstellen des Reiches nach Sachsen zu verlegen. Er erinnere nur an den Antrag v. Böhme und Gen., die Reichszentralstellen für Tabak von Berlin nach Dresden zu verlegen. Sie wollten deshalb die gute Arbeit des Antrages Göpfert in seiner Weise dadurch schmälern und keine weiteren vorbereitenden Beratungen auch für die Friedenswirtschaft betrieblässig unterstützen, wie sie dies ja durch die konservative Anfrage Benert, Hofmann und Gen. vor kurzer Zeit erst wieder gezeigt hätten. Den allerwertvollsten Anteil auf konservativer Seite ständen die in dem Berichte zum Ausdruck gemachten Vorschläge des Antrages Göpfert, den Einfluß Sachsens im Reich mehr und mehr zu stärken. Das hielten sie für eine geradezu zwingende Notwendigkeit. Unter vielen anderen habe ja gerade der Antrag in wiederholten Fällen gezeigt, daß das Reich und auch unser großer Nachbarstaat Preußen den sächsischen Wünschen auf dem Gebiete des Wirtschaftslebens mit etwas mehr kollegialer Bundesfreundlichkeit entgegenkommen könnten. (Sehr richtig! rechts.) Auch von Seiten mancher preussischer mitläufiger Kommunalstellen könnte man der Eigenheit des sächsischen Kommunalwesens etwas schuldener Rücksicht schenken. (Sehr richtig!) Zurzeit gehe eine ernste, unerkennbare Verstimmung durch das Sachsenvolk (Sehr richtig!) gegen die Reichsregierung wegen verstoßener Reichsverordnungen und Verordnungen zum Ra. leide Sachsen oder mindestens unter nicht genügender Beachtung sächsischer durchaus berechtigter Bedürfnisse und Notwendigkeiten. (Sehr richtig!) Er wiederhole hier nur die Worte: Kriegsernährungsamt, Heereslieferungen, Kohlennot, dann wisse man Bescheid. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Und Eisenbahnbetrieb!) Diese Volksernährungsamtungen zu befeitigen durch erfolgreiche Vorstellungen und wirkungsvollen Einfluß der Staatsregierung in Berlin, sei dem, und notwendig. Sie forderten keine Bevorzugung Sachsens vor den anderen Bundesstaaten, aber wohlwollende Berücksichtigung der vitalen Lebensinteressen Sachsens, die Schonung und Beachtung der sächsischen Eigenart in völkischer und in wirtschaftlicher Beziehung. Eine politische Fremde würden daher alle Erfahrungen, den Einfluß der sächsischen Regierung im Reich zu haben, mit allen Kräften unterstützen. (Sehr richtig! rechts.) Er freue sich, daß der Antrag Göpfert auch in dieser Beziehung dem Berichte nach bei den Parteien des Hauses allseitige Zustimmung gefunden habe. Mühe dies eine gute Vorbereitung sein für weitere gemeinsame friedliche Arbeit und Verhängung in diesem Hause zur Förderung und Hebung unseres völkischen Wirtschaftslebens, zur Stärkung des Ansehens Sachsens nach außen, zum Wohle des Volkes und zum Segen des geliebten Sachsenlandes. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Abg. Nischke (sonl.):

Industrie, Handel und Gewerbe sollten nach den Berichten und dem Willen der Antragssteller auf möglichst breite und gesunde Grundlagen gestellt werden, damit der Volkswirtschaft allenthalben die Bahnen geebnet werden, deren Sachsens Entwicklungsleben bedürfe. Dieses Vorhaben sei vom Standpunkte der Arbeiterschaft nur zu begrüßen, denn man wolle nicht in ein Abhängigkeitsverhältnis zu überfallen, wie es unter Umständen ein reiner Agrarstaat bringen würde. (Sehr richtig!) bei den Sozialdemokraten.) Deshalb sei das lebhafteste Interesse der sächsischen Arbeiterschaft dem vorliegenden Gegenstande der Beratungen sicher. Sachsens Industrie sei bisher zum größten Teile Exportindustrie gewesen. Gegen dieselbe machten sich Unterdrückungsbestrebungen der gegenwärtigen Feinde Deutschlands bemerkbar. Er glaube nicht daran, daß der Wirtschaftskrieg nach Friedensschluß in breitem Rahmen fortgesetzt werden könne, er glaube vielmehr, daß praktische, solide und nicht künstlich verleierte Waren auch nach Friedensschluß wieder im Absatzgebiet finden würden. Unser Wirtschaftsleben nach dem Kriege werde beeinflusst werden vom Stande des Kapitalmarktes und von der Lage des Rohstoffmarktes, und letztere wiederum von dem Stande

der Weltvorräte und der verfügbaren Schiffsräume. Die Erörterung über alle die hier gestellten Fragen gehöre, wie auch der Abg. Hofmann bemerkt habe, in das Gebiet der Reichspolitik. Damit solle aber und dürfe nicht gelagt werden, daß deshalb Sachsen die Hand in den Schoß legen solle und die Dinge sich ruhig entwickeln lassen solle, wie sie gingen. Es sei unter allen Umständen notwendig, daß auch hier von den einzelnen Bundesstaaten und speziell von Sachsen aus der Reichsregierung gegenüber immer und immer wiederholt werde, was in der Angelegenheit getan werden müsse. Die nächste Aufgabe sei, daß man versuchen müsse, den Innenmarkt Deutschlands zu stärken und dafür zu sorgen, daß dieser Innenmarkt nach Friedensschluß aufnahmefähig genug sei. Von dem Gesichtspunkte des reinen Verbrauches aus sehe der Innenmarkt nach Friedensschluß jedenfalls sehr verengt aus. Unsere Textilerzeugnisse seien restlos ausgebracht. Eine jahrelange Produktion würde dazu gehören, um die alten Warenvorräte und Warenvorräte wieder zu erzeugen. Unsere Maschinenindustrie werde eine glänzende nächste Zukunft haben, denn um eine gegenwärtig in Betrieb befindlichen Maschinen seien verbraucht, und die gegenwärtig stillen und ruhenden Maschinen bedürften ebenfalls der Währungs- und Umänderung und seien auch teilweise durch das Stehenlassen für die Zukunft unbrauchbar gemacht. Der Maschinenmarkt werde also demnach auch jedenfalls eine gute Entwicklung auf dem Innenmarkt aufweisen können. Im Baugewerbe habe nun seit fast drei Jahren die Arbeit geruht. Wohnungen, Fabriken, Reu- und Umbauten, Erweiterungen seien hinausgeschoben worden. Sie seien aber nicht mehr aufschüßbar. Das Baugewerbe müsse nach Friedensschluß ohne weiteres auch eine bessere Konjunktur bekommen. Der Lebensmittel- und Genussmittelmarkt weise keine Vorteile mehr auf. Es werde auch hier jahrelanger Arbeit bedürfen, ehe hier wieder der Markt in der Weise besetzt sei, wie es bisher der Fall gewesen sei. Ähnlich lägen die Dinge in der Schuh- und Lederindustrie usw., kurz und gut, in allen Branchen, die man für den Innenmarkt in erster Linie brauche. Wenn der Innenmarkt gestärkt werden solle, so sei es notwendig, daß die Röhre der sächsischen und der deutschen Arbeiterkraft kaufkräftig erhalten werde. Dies könne aber nur geschehen, indem die Lohnfrage in andere Bahnen gelenkt werde. Die Neugestaltung der Dinge, wie sie sich nach dem Kriege vollziehen solle, werde für die Arbeiter ohne weiteres eine Lohnfrage werden. Habe der Arbeiter auskömmliche Löhne, so hätten Handel und Gewerbe gute Zeiten. Betrübend aber die Unternehmern bezüglich der Lohnpolitik ihre frühere Feindschaft weiter, so würden sie und könnten sie, und wenn sie sich mit allen Mächten der Welt in Verbindung setzten, nichts weiter erreichen als wirtschaftlichen Verberd. Er richte diese Mahnung nicht etwa nur an den Unternehmer, sondern auch an den Staat als Arbeitgeber. Man werde nach dem Kriege die beste Gelegenheit haben, einer anders gestalteten Lohnpolitik zum Durchbruch zu verhelfen. Die deutschen Arbeiter lehnten es ab, den Weltmarkt erobern zu helfen mit Hilfe der bisherigen Hungerlöhne. Die deutschen Industrieerzeugnisse dürften unter keinen Umständen als Schmutzkonkurrenz auf dem Weltmarkt erscheinen, denn das sei die Ursache gewesen, weshalb die Arbeiter in allen feindlichen Staaten sich gegen Deutschland erklärt hätten. Der gegenwärtige Augenblick biete die günstige Gelegenheit dazu, eine gesunde wirtschaftliche Neugestaltung der Arbeiterpolitik zu bewirken. Die größte Gefahr für die Arbeiterkraft bei der künftigen Regelung der Wirtschaftsverhältnisse liege nun in der planlosen Produktion. Kein Unternehmen schwinde sich dazu auf, die Produktion dem anstehenden Bedarf anzupassen. Im Jahre 1907 werde daraus losgewirtschaftet, und nach zwei bis drei Jahren liege der Karren im Dreck. Die Wirtschaftspolitik mit allen ihren Räten und Sprechern für die Arbeiter sei dann da. Solche Zustände vertragen sich nicht mehr mit der angeordneten Wohlfahrt des Volksganges. Er glaube, daß die Regierungsorgane, die Handels- und Gewerbebehörden und andere Einrichtungen, Mittel und Wege finden und jagen müßten, die einer planmäßigen Regelung der Produktion die Wege ebnen. Ebenso müsse vor Unabwiesbarkeit die Arbeiterkraft geschützt werden. Sei man nicht imstande, die Wirtschaftskrisen zu befechten und zu verhindern, so muß eine relative Maßnahmen ergriffen werden. Hierzu rechne er in allererster Linie die Arbeitslosenversicherung. Er rechne hierzu Maßnahmen, welche die staatliche und kommunale Regelung der Art bei der Vermittlung betreffen und eine Reihe anderer Einrichtungen, die hier schon näher geschildert worden seien, die aber hier im Rahmen der Neuorientierung der Dinge genannt werden müßten. Die Wünsche, die er hier als die der Arbeiterkraft unterbreite, widersprechen den Vorschlägen der Deputation und der Antragsteller nicht. Sie wollten sich für eine Bewegungsfreiheit, um in die Verwendung der Arbeitskräfte hinüberzuwachen. Sie wollten den Ausbau der Land- und Wasserstraßen, Beiträge aus Industrie und Handelskreisen für die Reichs- und Landesbehörden. Seine Partei widerspreche dem nicht, sie unterstütze sie hierbei. Sie wünsche aber auch, daß man sich den berechtigten Wünschen der Arbeiter nicht verschließe und diesen beifolgt sei, daß sie ebenfalls eine erträgliche Zukunft gesichert fänden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Wäntter (fortf. Sp.):

Seine Fraktion sei mit den Wünschen, die in dem Berichte ihren Ausdruck fänden, durchaus einverstanden. Freilich dürfe man sich nicht verhehlen, daß, wie im Berichte ganz zutreffend gesagt werde, die Ungewissheit über die Dauer des Krieges, die Unsicherheit darüber, was die Zukunft an Steuererlösen bringen werde, wodurch die einzelnen Bundesstaaten in ihrer Finanzkraft auf schwerer Belastung werden könnten, alle vorbereitenden Maßnahmen zur Hebung unserer Volkswirtschaft außerordentlich hart in Frage stellen könnten. Seine politischen Freunde seien mit ihm aber trotz der unsicheren Zukunft auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiete noch wie vor der Ansicht, daß man auf eine Stärkung der wirtschaftlichen Stellung Sachsens innerhalb des Reiches bedacht bleiben müsse. Er wolle nicht, wie der Abg. Hofmann es getan habe, nun etwa die Anträge alle aufzählen, die seine Fraktion im Laufe der letzten 10 Jahre hier zur Stärkung der wirtschaftlichen Stellung Sachsens eingebracht habe, er wolle nur den Antrag seiner Fraktion vom 11. November 1905 in Erinnerung bringen, nach dem die Staatsregierung ersucht werde, Erhebungen darüber anzustellen, in welchem Umfange Handel, Industrie und Handwerk in Sachsen an den Deeres- und Marineleistungen für das Reich während des Krieges beteiligt gewesen seien, und weiter ersucht werde, ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß Handel, Industrie und Handwerk in Sachsen auch nach der Kriegszeit, also nach Beendigung des Krieges in ausreichendem Umfange an den Deeres- und Marineleistungen beteiligt bleiben sollten. Der Antrag sei seinerzeit der Finanzdeputation B überwiegen worden, aber bis heute unerrätig geblieben. Die Regierung habe es gewünscht, und zwar mit einem gewissen Rechte, abgelehnt, die gewünschten Erhebungen aber die Zuneigung von Deeres- und Marineleistungen an Handel, Industrie und Handwerk in Sachsen vornehmen zu lassen, weil es an Personal dazu fehle. Aber er könne nicht zugeben, daß nun etwa auf die Beratung des Antrages in seinem zweiten Teile zu verzichtet wäre. Darauf lege seine Fraktion ein ganz besonderes Gewicht, daß er noch zu einer eingehenden Beratung und Beratschlagung gelange. In dem vorstehenden Bericht werde nun auf Seite 63 auf den schmerzlichen Stand hingewiesen, den Deutschland nach dem Kriege auf dem Weltmarkt haben werde. Um das verlorene Absatzgebiet wiederzugewinnen, werde es jahrelanger Arbeit bedürfen, und dann dürfe nicht vergessen werden, daß die nötige Kaufkraft fehlen werde. Dieses Moment sei von den beiden Vorkämpfern heute nicht eingehend gewürdigt worden. Er glaube zwar, daß das Sinken der Kaufkraft sich in allen kriegsführenden Staaten nach Friedensschluß, wenn auch nicht sofort, so doch in absehbarer Zeit stark fühlbar machen werde, nicht zuletzt aber auch bei uns, und je höher die Steuer-

belastung werde, um so größer werde der Rückgang der Kaufkraft der Bevölkerung sein. Ob einem derartigen Sinken der Kaufkraft erfolgreich entgegengetreten werden könne, etwa durch eine hohe Kriegserlösensteuereinnahme, worauf einmal in einer Anleihe des Dr. Finanzministers hingewiesen werde, das wolle er dahingestellt sein lassen. Aber je länger der Krieg dauere, je mehr dümmere überall die Erkenntnis durch, daß finanziell wohl nichts zu holen sein dürfte. Unsere maßgebendsten Reichsstellen hätten sich über Umfang und Dauer des Krieges doch erheblich geirrt. (Sehr richtig! links.) Man habe die Fähigkeit Englands, dieses vergrößerten und anmaßenden Inselvolkes, bedeutend unterschätzt. Ein Trost bleibe der, daß sich über unsere Feinde über die deutsche Fähigkeit und Kraft, aber die deutsche Widerstandskraft und über den durch keinerlei Maßnahmen zu erschütternden Siegeswillen, der Deutschland schon so große Erfolge gebracht habe, noch weit gründlicher geirrt hätten. (Lebhaftes Sehr richtig!) Damit aber dem starken Rückgang der Kaufkraft vorgebeugt werde, lege seine Fraktion den allergrößten Wert darauf, daß ihrem erwählten Antrage, insbesondere in Ziffer 2, entsprochen werde, damit nach dem Kriege auch Sachsens Handel, Industrie und Handwerk in ausreichendem Umfange an den Deeres- und Marineleistungen beteiligt bleibe. Das Geheiß hoher Steuererlösen sei nicht zu bananen. Das Reich brauche Geld und immer wieder Geld. Wenn im Bericht der Wunsch vertreten werde, der Erwerbssinn dürfe nicht durch übermäßige direkte Steuern gelähmt werden, so würden die Verhältnisse — und das möchte besonders herausgehoben werden — viel zu hart wirken, als daß diesem Wunsche in dieser Allgemeinheit stattgegeben werden könnte. Bei der Beurteilung der Belastung durch direkte Steuern müsse man freilich die Kriegsgewinnsteuer als eine vorübergehende Erscheinung außer Betracht lassen. Sie hielten es für durchaus unrichtig, wenn jetzt der Versuch unternommen werde, in die Reihe der direkten Belastung die Kriegsgewinnsteuer mit einzulösen. (Sehr richtig! links.) Es wäre geradezu ein Hohn auf die jetzige geschichtlich große Zeit, wollte man bei der Verteilung der künftigen Steuererlöse alle durch die Kriegserlöse gewonnenen großen Kapitalvermögen genügend durch direkte Steuern zu den Reichs- und bundesstaatlichen Lasten heranziehen. (Sehr richtig! links.) Hier müßte mit sehr großer Vorsicht vorgegangen werden. Es müßten also, um es deutlich genug auszudrücken, soweit die großen, noch Millionen Reichsmark zählenden Vermögen und Einkommen in einer Hand in Betracht kämen, die zuständigen parlamentarischen Körperschaften und Regierungen die direkten Steuern entsprechend verteilen. Natürlich dürfe man bei den minderen Vermögen, namentlich bei den kleineren und mittleren Vermögen keine Überlastung eintreten lassen; hier müßte der soziale und wirtschaftliche Gesichtspunkt maßgebend bleiben, daß durch die härtere direkte Besteuerung der Erwerbssinn, der Sparsinn und eine gewisse Kapitalbildung nicht unterbunden werden. Daß es zu den vornehmsten Aufgaben gehöre, nach dem Kriege wieder freie Bahn für Handel und Industrie, Handwerk und Gewerbe herzustellen, bedürfte wohl keiner besonderen Begründung. Dazu gehöre notwendigerweise auch eine Verkehrsverbesserung in der im Berichte gewünschten Art und Weise. Wenn er sich gegenüber dem in letzter Zeit angeregten Reichseisenbahnplan, eine Anregung, die nicht neu sei, sondern schon den alten Landtag beschäftigt habe, aus den von der Staatsregierung wiederholt dargelegten Gründen ablehnend verhalte, so unterliege es andererseits aber auch gar keinem Zweifel, daß in bezug auf die besser eingerichteten Hauptpläne, Zugverbindungen und Zuganastichstellen außerordentlich viel getan werden müsse. Er sehe davon ab, einzelne Gemeinden, einzelne Bahnhöfe herauszugreifen, einzelne Straßen zu nennen, um den Nachweis zu führen, wo zunächst vielleicht die helfende Hand der Staatsregierung in der von ihm bezeichneten Weise einzusetzen hätte. Sie hätten die allgemeinen Landesinteressen zu vertreten, und es genüge schon, wenn die Staatsregierung den ersten Willen in Gemeinschaft mit dem Landtage bekunde — und das werde im Bericht deutlich genug ausgesprochen —, daß nach dieser Richtung alles geschehen solle, um den vorliegenden Interessen soweit als möglich entgegenzukommen und ihnen Rechnung zu tragen. Die in Aussicht genommene Personalvermehrung, von der im Berichte nicht gesprochen werde, die er aber nicht unerwähnt lassen möchte, sei seiner Meinung nach kein geeigneter Weg, um den Verkehr und die Finanzkraft des Landes, von welcher der Abg. Hofmann besonders gesprochen habe, zu heben. (Sehr richtig! bei der fortschrittlichen Volkspartei.) Voraussichtlich werde eine große Abwanderung in die dritte und vierte Klasse die Folge sein. (Sehr richtig! bei der fortschrittlichen Volkspartei.) Müßte man heute schon mit einer imstande Kaufkraft der Bevölkerung auf längere Zeit hinaus rechnen, so erlaube ihm eine derartige Maßnahme überhaupt ganz unerträglich. Er glaube, daß sei wieder ein Beweis, wie am grünen Tische die Dinge falsch ausgedacht würden. Aber die Halbeskammerfrage habe er sich bei der am 15. Mai d. J. stattgefundenen Besprechung der Interpellation des Abg. Dr. Wöhne und Gen., den Donau-Elbe-Kanal und den Saale-Elbe-Kanal betreffend, ausgesprochen und dabei den Standpunkt seiner Fraktion dargelegt. Er wiederhole nur, daß seine Fraktion an der Herkaltung des Saale-Elbe-Kanals das allergrößte Interesse habe, daß sie aber bei dem Bericht vertretenen Auffassung, daß die Frage der Schiffahrtsabgabe zunächst belanglos sei, in keiner Weise beipflichten könne. Er habe gerade die Frage der Schiffahrtsabgaben schon im alten Landtage in wiederholten Interpellationen bei der Staatsregierung in Fluß gebracht, und es sei das gewiß der fortschrittlichen Anregung nicht wenig zu danken, daß auch die Staatsregierung sich auf den Boden der fortschrittlichen Auffassung bezüglich der Schiffahrtsabgabe gestellt habe. Die Deutlichkeit, die geradezu glänzend nach Forum, Inhalt und Begründung, seinerzeit die Staatsregierung wohl gemeinsam mit Hessen und Baden herausgegeben habe, sei ein ehrenvolles Zeugnis für die gesunde Auffassung der Staatsregierung in dieser Frage. Besonders aber müsse alles getan werden, um den schwer darniederliegenden Industrien, wie z. B. Spinn-, Sticker- und Wollewarenindustrie im Soglande und Erzgebirge, wieder aufzuhelfen und sie so schnell als möglich wieder mit Rohstoffen zu beliefern. Tief zu beklagen sei es, daß der Spinn- und Stickerindustrie in Böhmen nicht die kleine Commagene zur Verfügung gestellt worden sei, die ausreißend gewesen wäre, um noch eine kleine Anzahl von Maschinen zu beschaffen und damit einen kleinen Stamm eingearbeiteter Arbeitskräfte durchzuhalten. Das sei um so bedauerlicher, als in der Tat derartige Rohmaterial noch in genügender Menge im Deutschen Reiche vorhanden sei. Soweit aber nach dem Kriege der Abschluß neuer Handelsverträge in Angriff genommen werde — und der Bericht beschließt sich gerade mit dieser Frage seines Trachtens mit Recht und auch mit großer Einsicht —, müsse er dringend bitten, die Interessen der vogtländischen und erzgebirgischen Spinn- und Stickerindustrie nicht mehr als früher wahrzunehmen. Man möge seitens der Staatsregierung jetzt schon mit den in Frage kommenden sachverständigen Kreisen Fühlung nehmen, um sich eingehend darüber unterrichten zu lassen. Er sei gern bereit, an solchen Verhandlungen mit teilzunehmen. Wenn im Berichte von der Staatsregierung gesagt werde, daß sie alles tun werde, was in ihren Kräften liege, um Handel, Industrie und Gewerbe den schweren Kampf, den sie jetzt zu bestehen hätten und nach Abschluß des Friedens noch weiter zu bestehen haben würden, nach Möglichkeit zu erleichtern, so dürfe wohl erwartet werden, daß sich das alles nicht allein auf den Außenhandel beziehe, sondern auch auf den Innenhandel; mit anderen Worten, es müsse soweit als möglich verhärtet werden, wenn nicht ganz besondere Anlässe und Begründungen vorlägen, daß eine Monopolwirtschaft an Stelle der Privatwirtschaft trete, es müsse alles getan werden, um den im Innern unseres deut-

lichen Vaterlandes jetzt ausgeschalteten, für die gesamte Volkswirtschaft leistungsfähig gewordenen Handel in seinen verschiedenen Verzweigungen im Innlande wieder aufleben zu lassen. Man dürfe die Erwerbsmöglichkeiten auf diesem Gebiete nicht einschränken, wie es jetzt während des Krieges ohne zwingende Gründe leider vielfach geschehen sei. Die Forderung nach Betätigung des Handels im Lande selbst könne nicht scharf und kräftig genug betont und gestellt werden. Ob eine Handelspolitik über die sächsische Ausfuhr, wie sie im Berichte des näheren gewünscht werde, besonders wertvoll sein würde, möchte er dahingestellt sein lassen. Jedenfalls sprächen Gründe dagegen, das Ausland alles wissen zu lassen, was über die Grenzen Deutschlands hinaus auszuführen werde. Nun habe der Abg. Hofmann darauf hingewiesen, daß die Ausführungen über den Handelsverkehr eigentlich in den Reichstag gehören. Er meine aber, auch die einzelstaatlichen Parlamente hätten wohl das Recht, sich mit derart wichtigen Reichsfragen zu beschäftigen, bildeten sie doch ein Glied in dem großen Reichsbau. Man müsse natürlich auch in den einzelnen Bundesstaaten keine Sorgen um Ausland bringen und die Dinge behandeln können, die auf dem Gebiete der Reichsgesetzgebung lägen. Er glaube deshalb, daß die Forderung nach einem Reichshandelsamt unter Leitung eines selbständigen Staatssekretärs oder eines deutschen Handelsministers nicht hinausgeschoben werden dürfe. Der von den Reichsstellen und auch von der sächsischen Regierung dagegen bestehende Widerstand werde sich auf die Dauer nicht aufrechterhalten lassen. Wenn der führende Bundesstaat in Deutschland, das Königreich Preußen, an die Spitze eines Handelsvereins einen Handelsminister berufen habe, so meine er, daß das große Deutsche Reich für die Aufgaben, die ihm auf dem Gebiete der Schiffahrt, der Schiffahrt überhaupt, des Handels und der Industrie noch vor erwachsen, ganz andere Maßnahmen treffen müsse, die nur restlos und zweckmäßig durchgeführt werden könnten, wenn sie auch unter einer zielbewußten selbständigen Leitung ständen. Er glaube, das ließe sich schon durchführen, und es wäre nicht zum Nachteil des deutschen Handels, der Schiffahrt und der industriellen Interessen. Zweifellos seien nach dem Kriege eine Fülle neuer Aufgaben zu lösen. Hier müßten alle geeigneten Kräfte mitwirken, um den neuen Aufgaben auch gerecht zu werden. Das sei um so notwendiger, als niemand mit Sicherheit voraussetzen könne, wie die Verhältnisse sich bezüglich der Absatzgebiete nach dem Kriege gestalten würden. Seine politischen Freunde würden mit ihm für die im Bericht gestellten Anträge stimmen. (Lebhaftes Beifall.)

Staatsminister Graf Bischoff v. Gersdorff
(nach den stenographischen Niederschriften):

Meine sehr geehrten Herren! Der Hr. Abg. Hofmann hat in dem Antrag Gersdorff unter I D 5 gewünschte bessere Ausgestaltung der Vertretung Sachsens im Reiche mit Ausführungen unterstützt, die ich doch nicht unüberprüft lassen kann. Er hat von einer Ausnutzung der sächsischen Gutmütigkeit durch das Reich und die preussischen Behörden und von einer in sächsischen Volkskreisen darüber eingetretenen Bestimmung gesprochen. Zur Begründung dieser Bestimmung hat er sich darauf berufen, auf 3 Worte hinzuweisen: Kriegsernährungsamt, Deereslieferung, Kohlennot.

W. D. Ich glaube nicht, daß das Hohe Haus mich geduldi anhören würde, wenn ich mich über die mit diesen 3 Worten berührten Gebiete eingehend ausprechen würde, um so mehr, als diese Fragen in der Reputation ziemlich ausführlich behandelt worden sind. Sie werden sich erinnern, daß die Regierung sich bei den Deputationsverhandlungen über die angebl. erfolgte Zurücklegung der sächsischen Interessen ausgesprochen hat und daß die Regierung sich keineswegs mit allen Maßregeln, die von den Reichsstellen in dieser Kriegszeit getroffen worden sind, einverstanden erklären konnte. Trotzdem muß ich bekennen, daß wir bei den Reichsstellen oder gar den preussischen Behörden irgendwo und wenn grundsätzliche Abneigung gefunden hätten, sich mit uns über die sächsischen Interessen zu verständigen. (Zuruf links.) Wir haben im Gegenteil in wiederholten Fällen volles Verständnis für die schwierigen Verhältnisse Sachsens gefunden. Das gilt insbesondere beim Kriegsernährungsamt, wo der Präsident v. Patzsch uns wiederholt rath und nachdrücklich geholfen hat. Ich darf auch bezüglich der Deereslieferung auf die eingehenden Ausführungen verweisen, die darüber in ihrem Berichte selbst stehen. Ich darf daran erinnern, daß auf Seite 15 und 16 ihres Berichtes die Eingabe des Verbandes sächsischer Industrieller behandelt wird, und daß darin zunächst dankbar anerkannt wird, wie sich das Königl. sächsische Kriegsministerium und die sächsische Feldzeugmeisterei dafür eingesetzt haben, unserer sächsischen Industriekräfte zu unterstützen. Es wird dann weiter fortgeführt:

Wenn trotzdem das Gefühl der Befriedigung nicht überall ausgelebt worden sei, so sei ein Teil der Gründe in der mangelnden Vorbereitung für die Belieferung des Deeres durch geeignete Einrichtungen überaus zu suchen, die den Deeresbedarf nach der industriellen Struktur und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit verteilte. Hierbei sei von der Tatsache auszugehen, daß Sachsens Industrie für einen großen Teil des von der Deeresverwaltung benötigten schmerzlichen Kriegsgüter, insbesondere Waffen, Munition und was damit zusammenhänge, nicht entsprechend eingerichtet gewesen sei und sich erst im Verlauf der Dauer des Krieges, und auch da nur zögernd, eingerichtet habe. Sachsen sei eben das außerordentliche Land der Feuerwerksindustrie und des Bedienungsgewerbes. Es entbehre sowohl die große Schwereindustrie und Stahlindustrie, wie auch die Kleinindustrie, die beide im Rheinland ihren Sitz haben und sich naturgemäß dort, als den Erzeugungshälften des Eisens und der Kohle, in jahrzehntelanger Entwicklung zu bedeutender Leistungsfähigkeit herangewickelt hatten, und daher auch rath ausgeübt und weiter entwickelt werden konnten. Wohl sei der Ruf, sich auf die Erfordernisse des Deeres umzustellen, auch an die sächsische Industrie ergangen, aber es ist selbstverständlich, daß man diesem Ruf nur zögernd Folge leiste, weil im Verlauf des Krieges wiederholt selbst von amtlichen Stellen die Dauer des Krieges länger angenommen worden sei, als sie wirklich sich ergab, und damit auch die Aussichten, auf längere Zeit in einem neuen Artikel beschäftigt zu werden, sehr gering waren.

W. D. Ich möchte mich nicht näher auf diese Frage einlassen, sondern nur noch ein Wort über die Kohlennot bemerken. Auch hierzu darf ich doch darauf hinweisen, daß die Verhandlungen, die wir mit dem Reichskohlenkommissionar geführt haben, das erfreuliche Ergebnis gehabt haben, daß der Reichskohlenkommissionar unseren Hauptwunsch, eine Kohlenausgleichsstelle nach Dresden zu verlegen, schließlich erfüllt hat, und daß auch bei den Verhandlungen über einen Ausgleich der wirtschaftlichen Interessen, die einerseits durch die Lieferung böhmischer Braunkohle nach Sachsen, andererseits sächsischer Kohle nach Oesterreich bestehen, der Reichskohlenkommissionar die sächsischen Interessen durchaus gewahrt hat, wie er damit befunden hat, daß er uns zum Ausgleich der mangelnden böhmischen Kohle oberösterreichische Kohlen zuzuführen ließ und dadurch das österreichische Kontingent vergrößert hat.

Wenn nun freilich andere Wünsche vielfach keine Berücksichtigung haben finden können, so liegt dies an den außerordentlichen Schwierigkeiten, einen völlig gerechten Ausgleich aller beteiligten Interessen unseres deutschen Vaterlandes zu erreichen. Sie können sich darauf verlassen, m. D., daß unsere sächsischen Bundesratsbevollmächtigten die sächsischen Interessen jederzeit mit Nachdruck vertreten haben und vertreten werden. Ich erlaube dankbar an, daß hierbei die Regierung im sächsischen Landtag jederzeit Rücksicht gefunden hat. Ich halte es aber andererseits für die Pflicht unserer sächsischen Bundesrats-



